

# Sächsische Volkszeitung

Erscheint täglich nachm. mit Ausnahme der Sonn- u. Festtage.  
Verlagspreis: Vierteljährl. 1 M. 50 Pf. (ohne Postgeld).  
Post-Verlagsnummer 6858.  
Bei außerdeutschen Postanstalten laut Zeitungs-Preisliste.  
Einzelnnummer 10 Pfennige.

**Unabhängiges Tageblatt  
für Wahrheit, Recht und Freiheit.**

Buchdruckerei, Redaktion und Geschäftsstelle:  
Dresden, Pillnitzer Straße 43.

**Inserate**  
werden die gespaltene Zeile oder deren Raum mit 15 Pf.  
berechnet, bei Wiederholung bedeutender Rabatt.  
Redaktions-Sprechstunde: 11-1 Uhr.  
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1366.

Nr. 118.

Katholiken: Philipp N.

Dienstag, den 26. Mai 1903.

Protestanten: Beda.

2. Jahrgang.

## Große Volksvereinsversammlung zu Leipzig am 24. Mai.

Zu einer Zentrumsherrschaft gestaltete sich die Versammlung des Volksvereins für das katholische Deutschland, die am Sonntag nachmittag 4 Uhr im großen Theateraal des Krystalpalastes tagte. Mit Recht konnte ein Redner behaupten, einen so starken Besuch an Männern aus allen Kreisen der katholischen Bevölkerung habe Leipzig seit Jahrhunderten nicht gesehen; es waren annähernd 900 Männer erschienen. Wir hoffen nicht, daß sich die Protestanten der Stadt deshalb beunruhigt fühlen, weil auch die Katholiken ihre Zusammengehörigkeit durch rege Teilnahme an Volksvereinsveranstaltungen bekunden und zur Zeit der Wahl politische Stellung nehmen. Der wahre Frieden, der von beiden Seiten innigst gewünscht wird, bleibt dadurch an keine Gefahr, daß die Freiheit, seiner Ueberzeugung Ausdruck zu geben, aufrichtig hochgehalten wird. Doch gehen wir zur kurzen Berichterstattung der Versammlung selbst über.

Der Geschäftsführer Herr Kaplan Klesse eröffnete die Versammlung mit einigen Worten der Begrüßung und schritt sodann zur Bureauwahl. Durch Zuzug wurde Herr Schloffer Ratissel zum 1. Vorsitzenden, Herr Fabrikant Georg Triebler zum 2. Vorsitzenden und Herr Lehrer Reins, Bergmann zum Schriftführer erwählt. Herr Kaplan Klesse erstattete sodann den Jahresbericht. Demselben entnehmen wir ein hoch erfreuliches Wachstum des katholischen Volksvereins. Während die Mitgliederzahl zu Ende 1901 noch 193 betrug, ist dieselbe am Schlusse des verflohenen Jahres auf 398 angewachsen. Die ganze Stadt wurde in 5 Bezirke eingeteilt: Leipzig-Zentrum, Leipzig-Nord, Leipzig-Süd, Leipzig-Reudnitz I und II, Leipzig-West. Der Besuch der verschiedenen Versammlungen betrug durchschnittlich 70 Personen. Es wurden hierbei eine große Anzahl höchst instruktiver Vorträge politischer und sozialer Natur gehalten, Flugblätter verteilt und besonders für die „Sächsische Volkszeitung“ agitiert. Im besonderen gedachte der Referent der verdienstvollen Tätigkeit des Herrn Lehrer Rückert. Besonderen Dank stattete er dem früheren Geschäftsführer und Vertreter, dem vielverdienenden hochwürdigen Herrn Sup. Zuch, für seine stille, legendäre Tätigkeit ab. Hierauf betrat der Chefredakteur der „Sächs. Volkszeitung“, Herr Rauer aus Dresden, die Redner-  
bühne.

In seiner einstündigen Rede beleuchtete er die Grundsätze, auf denen eine Volkspartei beruhen muß. Er beantwortete diese Frage mit dem Wahlspruch des Zentrums: „Mit Gott für Wahrheit, Recht und Freiheit.“ Mit Gott! Diesen Teil des Programms teilen wir Katholiken mit den Konservativen, im Gegensatz zu den Nationalliberalen und den Sozialdemokraten, die diesen Punkt aus dem Programm gestrichen haben. Die Treue gegen das Christentum schließt die Treue gegen Staat und Vaterland mit ein. Die Katholiken waren stets Königstreue und dem Vaterland ergeben. Redner weist den Vorwurf der Reichsfeindschaft an der Hand der Ereignisse seit Gründung des Deutschen Reiches treffend zurück. Das musterhafte Verhalten der deutschen Katholiken ist ganz besonders während des Kulturkampfes durch die Reichstreue glänzend bewiesen. In ganz anderen Richtungen zeigte sich die Reichs- und Königstreue anderer Parteien in den letzten Wochen. Als Graf Bülow die Auf-

hebung des § 2 des Jesuitengesetzes in Aussicht stellte, da sprach man von Reichsverdröpfung, von Abkündigung der Liebe zum Reich im liberalen Lager. Und der Besuch des Papstes durch den hochgemuten deutschen Kaiser gab noch deutlicher die Bedingtheit der Loyalität in gewissen Kreisen kund. Besonders fraglich erschien die sogenannte Sachsentreue in jenen sächsischen Kreisen, die nicht genug vor Hyjazanismus mit dem Schwerte weiden können, wenn alles nach ihrem Sinne geht, die aber kein Mittel der Verdrehung und Verleumdung unversucht gelassen haben. Misstrauen zwischen Königshaus und Volk zu stiften.

Im weiteren bespricht Redner die Stellung des Zentrums zu den Ausgaben für Meer und Marine und erwähnt, daß mit Hilfe des Zentrums in den laufenden 18 Jahren durch Abstriche von den Maren 300 Millionen erspart worden sind. Für Heeresausgaben sei man an einem gewissen Anknüpfungspunkt angelangt. Ferner tritt das Zentrum uneingeschränkt für das allgemeine gleiche, direkte und geheime Wahlrecht ein. Die Konservativen wollten nicht die Verbesserung des geheimen Wahlrechts. Sie haben auch in Sachsen das Wahlrecht zu Ungunsten des Volkes beschnitten. Ebenso seien sie gegen die Bewilligung von Däten.

Redner bespricht sodann mehrere dringend notwendig gewordene Änderungen im Strafgesetzbuch in bezug auf Verletzung von Verleumdung, des Duellgesetzes, der Gotteslästerung und des Weineids und kommt sodann auf die sozialen Fragen zu sprechen. Die Mittelstandsfrage müsse gepflegt werden. Das Großkapital schließe sich zu Organisationen, zu Kartellen zusammen. Das Volk müsse das gleiche tun. Die Landwirte, Kaufleute, Gewerbetreibenden müssen sich zu Organisationen zusammenschließen, wie es im Mittelalter der Fall war. Das Volk soll zur Selbsthilfe greifen und nicht allein auf den Staat rechnen. Der Handwerker muß sich vor allem selbst weiter bilden. Es müssen Fachkurse eingerichtet und besucht werden. Der Staat möge diese Bestrebungen unterstützen. Redner kommt auf die großen Verdienste des Zentrums für das Wohl der Arbeiterklasse zu sprechen und weist die richtige Taktik des Zentrums nach im Gegensatz zu den Sozialdemokraten, die entweder alles oder nichts haben wollen. Hatte das Zentrum die gleiche Taktik befolgt, so würde das arbeitende Volk die Vorteile der Kranken-, Invaliden- und Unfallversicherung bis heute nicht genießen. Nachdem die Sozialpolitik gestreift worden war, bespricht Redner als letzten Punkt die Stellung der Zentrumspartei, sowie der übrigen Parteien zur Frage der Religion. Hierbei weist er mit Entschiedenheit die Angriffe der Gegner auf das konfessionelle Bekenntnis des sächsischen Königshauses zurück und erwähnt das Schicksal des Toleranz-Antrages in den sächsischen Kammern. Mit seiner Ironie behandelt er die „Objektivität“ der Steuergebung für die Katholiken und Protestanten und widerlegt den Vorwurf der Profiteuremacherei vonseiten der Gegner der Katholiken. Keine Partei heiße dem Zentrum. Darum doppelte Rüstung nötig. Halten wir sächsische Katholiken treu zum Reich, man weiß nicht, ob nicht von da her uns einmal die Hilfe kommt. Unter großem Beifall proklamiert der Redner: „streng sachlich bleibende, hochgeschätzte Redner die Wahl des Zentrumskandidaten Herrn Dr. Felix Borisch in Breslau für die beiden Leipziger Wahlkreise.“ (Lebhafte Beifälle.)

Die Versammlung beschließt unter Beifall, ein Telegramm an die zur gleichen Zeit in Zwickau tagende kath. Versammlung zu senden.

Als zweiter Redner spricht Herr Kaplan Rodenburg über das Apostolat des katholischen Mannes.

Redner überbringt zunächst die herzlichsten Grüße des Volksvereins von Dresden, der 1000 Mitglieder zählt. Das Apostolat der Laien bestehe darin, Seelen zu gewinnen, aber nicht anderen Konfessionen durch List oder mit Gewalt und Geld abzujagen. Die Katholiken möchten gern Schulter an Schulter kämpfen mit allen christungläubigen Protestanten, sie möchten mit ihnen in Frieden leben. Der Toleranzantrag des Zentrums will allen anerkannten Religionsgemeinschaften gern gewähren, was wir selbst fordern. Wir nehmen nur eine Kampfstellung gegen alle ungläubigen Kreise ein. Dies soll aber nicht ein Kampf sein mit brutalen Mitteln, sondern ein geistiger, rechtlicher Kampf. Die Welt soll die kath. Männer, Priester wie Laien, im Vorbeigehen des Kampfes für unsere christliche Ueberzeugung sehen.

Redner kommt nun auf die Ursachen des Unglaubens zu sprechen und nennt als erste den Wissensstolz. Vieles gründliche Wissen führt zu Gott hin, während ein bloßes an den-  
selben oft von Gott entfremdet. Der Redner beweist die Wahrheit dieses Wortes an Beispielen (Newton, Pasteur usw.). Wir Katholiken fordern nicht, daß ein Bundesfürst um unserwillen seine Konfession wechselt. Wir werden vielmehr festhalten an der uns von Gott gesetzten Autorität. Wir müssen Vererbung einlegen gegen einen gewissen Hund (Beifall), der sich evangelisch nennt. Sein Treiben kann dem deutschen Vaterlande nur zum Verderben gereichen, da er die konfessionellen Gegensätze verschärft. Ein Teil seiner Führer steht nicht einmal mehr so nahe zum Evangelium, daß er Christus als den eingebornen, wesensgleichen Sohn des göttlichen Vaters anerkennt. Redner bedauert die törichte Meinung der Eltern, daß der Religionsunterricht in den höheren Schulen die Schüler unnötig belaste. Er weist sodann auf die katholischen Studentenvereine hin, durch welche viele wissenschaftlich gebildete Jünglinge für unsere hl. Religion begeistert werden können.

Eine andere Quelle des Unglaubens sei der Mangel an Kenntnis der katholischen Wahrheiten, an Kenntnis der Wahrheiten unseres Katholicismus. Der Katholicismus lehre den einzelnen Ständen das Gebot der Nächstenliebe, wodurch das Verhältnis der einzelnen Stände zu einander geordnet wird. Redner führt Beispiele an, wie katholische Gelehrte, Abgeordnete usw. ihren katholischen Glauben praktisch betätigen. Eine weitere Quelle des Unglaubens sei der unstillbare Lebenswandel, ferner die leidige Menschenfurcht. Der Redner gibt Beispiele in der Kirche und Schwächen ihrer Mitglieder an. Die Kirche habe aber nie ihre Gesetze, nie ihre Moral im Laufe der Zeit geändert, einem Papst zu Liebe oder einem Fürsten zu Liebe. Die letzte Quelle des Unglaubens sei die glaubenslose Presse. Man klagte über die Rückständigkeit der katholischen Literatur, aber man unterläßt sie nicht. Unsere Zeitung, behauptet der Herr Redner, sei gut. Er ergeht sich in einem Lob über die Leipziger katholische Gemeinde und bittet, mit Dresden in Konkurrenz zu treten. Er wünscht, daß sowohl die Zahl der Abonnenten, als auch die Teilnehmer an Pöschereien sich recht vergrößern möchte. Er bittet, auch in einer Stadt, in der doch viel Unglaube sich zu sammeln findet, möchte jeder katholische Mann ein Missionar werden bei den kath. Mitbürgern an unserer kath. Sache. Mit dem blanken Glaubensschild zu Kampf, zu Sieg, zu ewiger Glorie. (Lebhafte Beifälle.)

Hierauf nimmt der Hochw. Herr Superior Schmittmann das Wort. Er begrüßt die Versammlung mit dem kath. Grusse, gedenkt der vergangenen trüben Zeit, und freut sich, daß ein neues Leben in der Gemeinde erwacht sei. Nachdem er den beiden Rednern gedankt, gedenkt er unseres glorreich regierenden hl. Vaters Leo XIII., ferner unseres hochwürdigsten Kaisers Wilhelm II., der das Oberhaupt unserer Kirche vor kurzem besuchte, und endlich unseres geliebten ehrwürdigen Königs Georg und bringt auf diese drei höchsten Gewalten für die sächsischen Katholiken ein dreifaches Hoch aus, das von der Versammlung begeistert aufgenommen wurde.

Sodann wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Die am 24. Mai im Theateraal des Krystal-

## An die Reichstagswähler Sachsens!

Am 16. Juni ist Reichstagswahl. Die an diesem Tage gewählten Abgeordneten werden in den nächsten 5 Jahren über das Wohl und Wehe des deutschen Volks entscheiden. Verantwortungsvoll ist demnach die Aufgabe eines jeden Wählers. Jede Stimme ist wichtig, deshalb darf kein Wähler von der Wahlurne fernbleiben.

Von jedem Wähler fordert es die Gewissenspflicht und eignes Interesse, vorher genau zu prüfen, welchem Kandidaten er seine Stimme zu geben hat.

Bisher haben in Sachsen vorzugsweise die Sozialdemokraten und die Nationalliberalen, letztere ein Gemisch von Konservativen, Rationalliberalen und Reformern (auch Antisemiten genannt) um die Mandate gerungen. Die Sozialdemokratie hat den Klassenkampf auf ihre Fahne geschrieben, sie wil und schürt denselben.

Auf dem Erfurter sozialdemokratischen Parteitag erklärte ihr Parteiführer Bebel: „Es handelt sich zunächst nicht darum, ob wir dieses oder jenes erreichen, für uns die Sozialdemokratie, ist die Hauptsache, daß wir gewisse Forderungen stellen, die keine andere Partei stellen kann.“ Die Sozialdemokratie will einfach keine Verbesserungen, sondern durch Verhinderung der sozialen Forderungen die Unzufriedenheit in weitere Kreise

\*) Der vorstehende Aufruf samt dem Wahlaufsatz der Zentrumspartei wird in jeder beliebigen Anzahl der einzelnen Wahllokale zur Verfügung gestellt. Wir ersuchen die Bezeichnung hiervon, ebenso die der nötigen Stimmzettel etc. bei der Geschäftsstelle unseres Blattes beliebigst voranzulassen zu wollen.

tragen, um auf diese Weise die Masse des Volks an sich zu fetten und um so die politische Macht an sich zu reißen.

Tatsächlich haben die Sozialdemokraten fast gegen alle Gesetze gestimmt, die die Lage der Arbeiter verbesserten, sie sind durch ihre z. Z. unerfüllbaren Forderungen sogar Schuld daran, daß es mit der sozialen Gesetzgebung nicht schneller vorwärts geht.

Auf dem religiösen Gebiete erstreben sie nach den Aussprüchen ihrer Führer den Atheismus, d. h. die vollendete Gottlosigkeit. So gestand offen ihr Führer Bebel in deutschen Reichstage am 31. März 1881. Danach hat die Sozialdemokratie auch stets gehandelt, sie ist nie zu gunsten der Religion eingetreten.

Was die Arbeiterschaft von der sozialdemokratischen Herrschaft zu erwarten hätte, können wir deutlich an Frankreich sehen, wo die Sozialdemokraten seit langer Zeit mit am Ruder stehen (und für das soziale Wohlergehen nichts getan haben), und wo trotzdem die soziale Gesetzgebung gegen Deutschland weit zurück ist.

Die Sozialdemokratie ist trotzdem in Sachsen im Vordringen begriffen, weil die Kartellparteien ihrer Aufgabe sich nicht gewachsen gezeigt haben, ja vielfach die Rechte des Volks geradezu unterdrückt.

Eine Frucht des Geistes, der bei den sächsischen Konservativen und Nationalliberalen herrscht, war die ungeheureliche Verschlechterung des Landtagswahlrechtes.

Schon dies allein läßt erkennen, wie niedrig sie weite Kreise des Volkes einschätzen, und daß die wirtschaftlich Schlechtgestellten auf ihre Hilfe nicht bauen können. Auch vor der Beschneidung des Reichstagswahlrechtes würde diese Partei gewiß nicht zurückschrecken.

Es gebietet uns in Sachsen an einer Partei, die nach den Grundsätzen einer zielbewußten christlichen Politik überall die idealen Interessen des sächsischen Volkes auf politischem, gewerblichen und wirtschaftlichen Gebiete vertritt.

Eine solche Partei ist das Zentrum; mit Recht kann man es als eine Partei der ausgleichenden Gerechtigkeit in den Interessenfragen der einzelnen Stände bezeichnen. Es vertritt nicht die wirtschaftlichen Interessen eines einzelnen Standes auf Kosten des Wohles anderer Stände. Es hat sowohl die Interessen des Mittelstandes, des Handwerkes, wie auch die des Arbeiters, des Kaufmannes, und des Landwirtes vertreten und bevorzugt keinen Stand vor dem andern. Es erkennt auch die sozialen Pflichten gegenüber dem Arbeiterstande an und ist deshalb auf den Ausbau der sozialen Gesetzgebung und Anerkennung der gesellschaftlichen Gleichwertigkeit des Arbeiterstandes stets bedacht gewesen. Es hat aber auch niemals, selbst in den Tagen des schwersten Kampfes mit der Regierung, nicht darauf vergessen, daß das Vaterland über der Partei stehen muß und danach gehandelt.

Niemand kann mit der gesetzgeberischen Tätigkeit des Zentrums im deutschen Reichstage unzufrieden sein. Wir haben uns deshalb voll und ganz dem Programm des Zentrums angeschlossen und bitten alle Reichstagswähler: wählet den Mann, der unter den aufgestellten Kandidaten Euch Sicherheit bietet, Eure wirtschaftlichen und gewerblichen Interessen im Reichstage voll und ganz zu vertreten, dies ist allein der Mandat der Zentrumspartei

Herr Justizrat Dr. Felix Borisch in Breslau.

Das Zentrums-Wahlkomitee.



palastes zu Leipzig tagende Versammlung des kath. Volksvereins erklärt sich mit der Aufstellung des Herrn Justizrates Dr. Porsch als Reichstagskandidaten einverstanden und verpflichtet sich, am Tage der Wahl samt und sonders für diesen Kandidaten einzutreten. Desgleichen verpflichten sich die einzelnen Mitglieder der Versammlung, auf die Sächs. Volkszeitung, deren Notwendigkeit sie voll und ganz anerkennen, zu abonnieren.

Der Vorsitzende munterte in seinem Schlusswort zur Einsicht der Wählerliste auf, da sich nurmehr bis Dienstag, den 26. d. Mts., zur Reklamation Gelegenheit bietet, und fordert die Zentrumsmitglieder auf, am 16. Juni Mann für Mann ihr Wahlrecht auszuüben. Mit einem Hoch auf den Volksverein wurde die Versammlung geschlossen.

Ein Antworttelegramm der zu Zwickau tagenden Volksvereinsversammlung wurde mit großem Beifall angenommen. Noch lange blieben die Teilnehmer beisammen und besprachen in lebhaftem Gedankenaustausch die glänzende Versammlung. Hierbei wurde dankbaren Herzens der aufopfernden Arbeit der Leiter und Vertrauensmänner des Volksvereins, der christlichen Frauen gedacht und der Wunsch ausgesprochen, daß die „Sächs. Volkszeitung“ und der „Volksverein“ in stetem regem Bunde für die erhabenen Ziele des christlichen Volkes streiten mögen.

Daß die Versammlung den Brand der Begeisterung in den Herzen der Katholiken entzündet hat, bewies der Zuwachs des Volksvereins durch mehr als 100 Beitritte, sowie die zahlreichen Abonnements, die die „Sächsische Volkszeitung“ hierbei erfuhr. Das ist der beste Dank, der dem Geschäftsführer, den Arrangements und Redigieren zuteil werden konnte.

### Politische Rundschau. Deutschland.

Der Bundesrat nahm die Anträge des vierten Ausschusses zu dem Entwurfe von Vorschriften über die Einrichtung und den Betrieb von Anlagen zur Herstellung von Bleifarben, von anderen chemischen Bleiprodukten und von bleihaltigen Farbgemischen an.

„Nach der Heuernte verduftet es“, soll Herr v. Podbielski geäußert haben. — So berichtet die Zukunft. Ob's wahr ist?

Das päpstliche Konfitorium ist endgültig auf den 15. Juni festgesetzt. Zu Kardinalen werden erhoben: Monsignore Muti Andreas, Runtius in Lissabon, Monsignore Rocella, der bekannte Latinist, Patriarch von Konstantinopel, Monsignore Cavichioni, Erzbischof von Nazianz, der tüchtige Sekretär der Konzilskongregation, Monsignore Tallani, Runtius in Wien, Monsignore Herrero y Espinosa Sebastian, Erzbischof von Valenzia in Spanien, Monsignore Fijcher, Erzbischof von Köln, Monsignore Katschthaler, Erzbischof von Salzburg. Es ist sehr wahrscheinlich — schreibt man der Reichspost aus Rom — daß Kardinal Serafino Vannutelli, jetzt Großpönitentiar, zum Vizekanzler ernannt wird.

Die Radikalpolen im Wahlkreise Ost-Gleiwitz-Lublinitz drohten jede Zentrumsversammlung sprengen zu wollen. Am Donnerstag hielten die Zentrumswähler zwei solche in Gleiwitz und Ugorzow ab. Sozialdemokraten und Radikalpolen machten einen wüsten Standal und mußten durch die Polizeigewalt aus dem Saale verwiesen werden, damit die Versammlung tagen konnte. Um so größer war die Begeisterung der Wählerschaft für die Kandidatur des Grafen Vallestrom.

Der Bund der Landwirte ist nun auch mit einem Wahlauftritt an die Öffentlichkeit getreten. Derselbe spitzt sich auf die Frage der neuen Handelsverträge zu und sagt in dieser Beziehung: „Der neue Reichstag wird dafür zu sorgen haben, daß die im neuen Zolltarif umgebundenen Zölle für die Produkte der Vieh- und Pferdezucht, des Wein-, Garten- und Obstbaues und der Lohbedenkultur nicht dazu benutzt werden, um zugunsten weniger großindustrieller Exportinteressenten in einseitiger, ungerechter Weise als Kompensationsobjekte dienen.“ Wenn der Nachdruck auf die Worte „in einseitiger, ungerechter Weise“ gelegt werden soll, können wir dem Sage zustimmen. Aber daß unter keinen Umständen, auch dann nicht, wenn auch die Industriezölle in angemessener Weise herabgesetzt werden, die ungebundenen Zollsätze ermäßigt werden sollten, das würde soviel heißen, als Handelsverträge ganz unmöglich machen. Soweit kann aber kein verständiger Politiker gehen. Und die Organe des Bundes der Landwirte haben ja auch schon wiederholt erklärt, daß sie keine unbedingten Gegner von Handelsverträgen seien. Wir möchten wünschen, daß die Haltung ihrer Vertreter im neuen Reichstage diesen Versicherungen entspricht.

Die Sozialdemokratie und die Handelsverträge. In dem sozialdemokratischen Wahlauftritt wird erklärt, die Sozialdemokraten würden für keine Handelsverträge auf Grundlage des neuen Zolltarifs stimmen. Als ihnen dann von liberaler Seite entgegengehalten wurde, daß diese Tarif unter Umständen den „agrarischen“ Gegnern aller (?) Handelsverträge zum Siege verhelfen werde, suchten dann einige sozialdemokratische Agitatoren, an ihrer Spitze kein geringerer als Herr v. Bollmar, jene Erklärung abzuschwächen. Aber jetzt hat Herr Singer eine parteiantliche Erklärung abgegeben, die, wenn man nicht eine ganz besondere Finte dahinter suchen will, kaum anders gedeutet werden kann, denn als Ankündigung der Ablehnung von Handelsverträgen mit höheren Lebensmittelszöllen als seither. Er sagte nämlich in einer Wahlrede: „Ich bin ermächtigt, heute im Namen der gesamten Fraktion zu erklären, daß wir keinem Handelsvertrag zustimmen werden, der eine Erhöhung der Lebensmittelszölle oder eine Herabsetzung der Arbeitsfähigkeit des Volkes im Gefolge haben würde.“ Die Phrase von der „Herabsetzung der Arbeitsfähigkeit des Volkes“ ist nur eine bedeutungslose Floskel, aber eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Zölle ist unabweislich auf Grund des neuen Zolltarifs. Die Erklärung des Herrn Singer eröffnet also die Möglichkeit, daß die Sozialdemokraten Arm in Arm mit den Extremen von rechts, wenn auch aus entgegengesetzten Beweggründen, die Handelsverträge niederstimmen, falls sie nicht vorziehen, umzufallen oder der entscheidenden Abstimmung fern zu bleiben. Für die Wähler gibt es jetzt aber jedenfalls nur

eine Anwendung: weder die Extremen von rechts noch von links, weder bündlerische Konservative noch Sozialdemokraten zu wählen; es könnte sich sonst bitter rächen!

### Oesterreich-Ungarn.

In Spalato in Dalmatien kam es zu Demonstrationen gegen den Vauis. Eine große Menschenmenge erwartete die Ankunft des Dampfers der Ungaro-Kroata, „Zagreb“, und forderte die Einziehung der ungarischen Postkassette. Ein Passagier an Bord des Schiffes nahm sie herunter und warf sie den Demonstranten am Lande hin, wonach sie in der Menge verschwand — Abends wollte eine große Anzahl von Demonstranten das Bild des Vauis auf dem Herrenplatze verbreiten. Dies wurde jedoch durch die Polizei verhindert. — In Samobor in Kroatien kam es zu Unruhen. Zwischen Plase und Jlobino fanden ebenfalls Demonstrationen statt. Die Demonstranten wollten die Bahngelände aufreißen. Militär zerstreute sie und nahm neun Verhaftungen vor. Auch in Carlopago fanden große Demonstrationen statt. Polizei und Gendarmerie waren zu schwach, es mußte die Finanzwache aushelfen. In Zengg wurden 30 Personen verhaftet, darunter ein Kaufmann und ein Jurist. — Das „Grazzer Volksblatt“ veröffentlicht eine Besprechung seines Agrar-Mitarbeiters mit dem Mitgliede des oppositionellen kroatischen Landtagsklub Professor Dr. Vreschensky. Der genannte Politiker erklärte, die Empörung der Kroaten sei einestheils durch die magyarische Ausbeutungspolitik gegenüber Kroatien, andertheils durch die despotische Wirtschaft des Vauis hervorgerufen worden. Dann fuhr er fort: Dazu noch eines, das mir nicht gefällt, das ist die von Ungarn aus systematisch betriebene Hege gegen die katholische Kirche. Wir Kroaten sind gute Katholiken und halten treu zu unserer Kirche. Die kroatischen Priester sind treue Söhne ihres Volkes, die stets mit uns an der Spitze desselben marschieren und gerade deshalb maßlosen Verfolgungen ausgesetzt sind.

Eine Beleidigung für Oesterreich ist ein Aufruf einer Anzahl deutscher Hochschulprofessoren, die bekanntlich schon wiederholt durch ihr taktloses Auftreten sich unangenehm bemerkbar gemacht haben und nun, wie ein liberales Berliner Blatt sich nicht minder „taktvoll“ ausdrückt, „deutsche Geistesarbeit in Oesterreich“ verrichten wollen. Als ob Oesterreich ein wildes Land irgendwo hinten auf dem Balkan wäre, das erst von Deutschland aus kultiviert werden müßte! Und wie soll die Sache gemacht werden? Durch „wissenschaftliche“ Ferialkurse in Salzburg, die ausdrücklich als Gegen-Demonstration gegen die geplante katholische Universität daselbst angepriesen werden. Die österreichischen Studenten sollen in diesen Sommerferien (August und September) nach Salzburg kommen, um „Universitätslehrer zu hören, deren Vorlesungen auch sonst größtenteils nicht zugänglich sind.“ Hört, hört, ihr Professoren der österreichischen Hochschulen, für wie minderwertig ihr offenbar mit euren Vorlesungen gehalten werdet! Reichsdeutsche Professoren müssen euch zu Hilfe kommen, damit eure Studenten auch einmal „was Besseres“ zu hören bekommen! Wäre dieser fatale Gesmach nicht dabei, — wir möchten diese Ferienkurse freudig begrüßen. Einmal, weil sich der katholische Universitätsverein keine zugkräftigere Reklame denken kann, als diesen Aufruf. Dann aber wird die „freie Wissenschaft“, wie sie sich rühmt, doch nicht so unfrei sein wollen, die Freiheit, die sie für sich selbst, noch dazu in einem fremden Lande, beansprucht, den katholischen Gelehrten zu mißgönnen. Ein ehrlicher Kampf verlangt gleiche Waffen. Also werden gerade diese liberalen Professoren dafür eintreten müssen, daß auch der katholischen Wissenschaft eine Stätte bereitet wird, wo sie frei sich entfalten kann zum Kampfe mit geistigen Mitteln!

### Frankreich.

Präsident Loubet wird, so läßt sich das „Verl. Tagebl.“ aus Rom melden, bei seinem Gegenbesuch auf den (für diesen Juli angelegten) Besuch des italienischen Königs im „Anfang 1904“ auch den Papst besuchen. Ob Herr Loubet empfangen werden wird, ist doch jetzt wohl noch sehr fraglich; es wird da alles auf das Verhalten des Ministeriums Combes ankommen.

### Aus Stadt und Land.

Dresden, 25. Mai 1903.

Se. Maj. der König besuchte am gestrigen Sonntag den Vormittagsgottesdienst in der Hauskapelle zu Posternitz und nahm 2 Uhr nachmittags mit Ihrer Kgl. Hoheit der Prinzessin Mathilde an der Familientafel bei den Kgl. Hoheiten dem Prinzen und der Frau Prinzessin Johann Georg in Oberloschwitz teil. Zum gestrigen Abendtheater war Frau von der Planitz geb. von Tschirch und Wögendorff nebst Frl. Töchteren eingeladen worden. — Zum heutigen Vortragstraf Se. Maj. 10 Uhr vormittags von Posternitz im Residenzschlosse ein. Allerhöchstselbe nahm zunächst militärische Meldungen entgegen und empfing dann die Herren Staatsminister, die Departementschef der Kgl. Postämter und den Kgl. Kabinetsekretär. Nachmittags begab sich Se. Majestät nach der Villa Nachwitz, wo um 2 Uhr anlässlich des Geburtstages Sr. Kgl. Hoheit des Kronprinzen die Kgl. Familientafel stattfand. Für heute nachmittags 6 Uhr ist an die Gemahlin des Kgl. Bayerischen Gesandten, Frau Freiin von Niethammer, Einladung zum Thee ergangen.

Se. Maj. der König hat nachstehende Ordensdekorationen verliehen: das Offizierskreuz des Albrechtsordens; dem Obersten J. D. Buscher, bisheriger Kommandeur des 14. Inf.-Regt. Nr. 179; das allgemeine Ehrenzeichen; dem Wächtermeister (Oberfahnen-Schmied) Seidel des 2. Feldart.-Regt. Nr. 28. Den nachgenannten Offizieren, Sanitätsoffizieren und Mannschaften wurde die Erlaubnis zur Anlegung der ihnen verliehenen Auszeichnungen erteilt, und zwar: des Komturkreuzes des Königl. Bayerischen Militär-Verdienst-Ordens: den General à la suite, Generalmajor d'Esia; des Offizierskreuzes desselben Ordens: den Flügeladjutanten, Majoren v. Schönberg und Jhr. v. Weid, dem Leibarzt Generaloberarzt Dr. Selle, Divisionsarzt der 1. Div. Nr. 28; des Komturkreuzes mit dem Stern des Bismarckorden: den General à la suite, Generalmajor d'Esia; des Ehrenkreuzes desselben Ordens: den Flügeladjutanten, Majoren v. Schönberg und Jhr. v. Weid, dem Leibarzt, Generaloberarzt Dr. Selle; des Großkreuzes des Sachsen-Ernestinischen Hausordens: dem Generalleutnant J. D. v. Cerrini di Monte Varchi; des Komturkreuzes 2. Klasse desselben Ordens: dem Major Wilsdorf, Kommandeur des 1. Jäg.-

Bat. Nr. 12; des Ritterkreuzes 1. Klasse desselben Ordens; dem Hauptm. v. Riefenwetter, Komp.-Chef im 1. Jäg.-Bat. Nr. 12; der goldenen Verdienstmedaille desselben Ordens; dem Feldwebel Krumbiegel des 1. Jäg.-Bats. Nr. 12; der silbernen Medaille desselben Ordens; dem Sergeanten Unger und dem Jäger Gräber des 1. Jäg.-Bats. Nr. 12; des Großkreuzes des Kaiserl. und Königl. Oesterreichischen Franz-Josef-Ordens: dem General à la suite, Generalmajor d'Esia; des Oesterreichischen Ordens der Ehrenkronen 2. Klasse: den Flügeladjutanten, Majoren v. Schönberg und Jhr. v. Weid, dem Leibarzt, Generaloberarzt Dr. Selle.

Die Bekanntmachung über Abänderung des Wahlreglements wird in Nr. 101 des Reichs- und Staatsanz. vom 30. April zu allgemeiner Kenntnis gebracht. Die Hauptbestimmungen sind folgende:

Die Stimmzettel müssen von weißem Papier und dürfen mit keinem Kennzeichen versehen sein (§ 10 Abs. 2 des Gesetzes); sie sollen 9 zu 12 Zentimeter groß und von mittelstarkem Schreibpapier sein und sind von dem Wähler in einem mit amtlichem Stempel versehenen Umschlag, der sonst kein Kennzeichen haben darf, abzugeben. Die Umschläge sollen 12 zu 15 Zentimeter groß und aus un durchsichtigem Papier hergestellt sein; sie sind in der erforderlichen Zahl bereitzubehalten. Es ist entweder durch Vereinstellung eines oder mehrerer Nebenräume, die nur durch das Wahllokal betretbar und unmittelbar mit ihm verbunden sind, oder durch Vorrichtungen an einem oder mehreren von dem Vorstande getrennten Nebenräumen Vorkehrung zu treffen, daß der Wähler seinen Stimmzettel unbedacht in den Umschlag zu legen vermag. Ein Abdruck des Wahlgesetzes und des Reglements ist im Wahllokal anzulegen. Ungültig sind: 1. Stimmzettel, welche nicht in einem amtlich abgestempelten Umschlag übergeben worden sind; 2. Stimmzettel, welche nicht von weißem Papier sind; 3. Stimmzettel, welche mit einem Kennzeichen versehen sind; 4. Stimmzettel, welche keinen oder keinen lesbaren Namen enthalten; 5. Stimmzettel, aus welchen die Person des Gewählten nicht unzweifelhaft zu erkennen ist; 6. Stimmzettel, welche auf eine nicht wählbare Person lauten; 7. Stimmzettel, welche eine Verwahrung oder einen Vorbehalt gegenüber dem Gewählten enthalten. Mehrere in einem Umschlag enthaltene gleichlautende Stimmzettel gelten als eine Stimme; in einem Umschlag enthaltene, auf verschiedene Personen lautende Stimmzettel sind ungültig.

Polizeibericht: Gestern Vormittag versuchte ein 34 Jahre alter Gemerbetreibender sich in seiner in der Altstadt gelegenen Wohnung durch Erhängen zu töten. Er wurde nach Anlegung eines Notverbandes in das Friedrichstädter Krankenhaus gebracht. Der Beweggrund zu dem beabsichtigten Selbstmord ist zur Zeit noch unbekannt. — Am Sonnabend hing sich in Köstau ein 33 jähr. Mädchen an einen Düngerepportwagen, kam beim Loslassen von demselben zu Falle und wurde von dem nachfolgenden Geröwagen überfahren. Es wurde in die Kinderheilanstalt gebracht. Der Geschäftsführer soll schuldlos sein. — In demselben Tage verstarb in der hiesigen Kreuzkirche während der Beize eine bejahrte hier aufhältliche Gutsbesitzerwitwe infolge eines Herzschlags.

Pirna. Der Verein zur Begründung und Unterhaltung von Volkshäusern für Lungentranke im Königreiche Sachsen hält am 7. Juni in Pirna seine diesjährige Hauptversammlung ab. Am Tage vorher wird Herr Geheimrat Medizinalrat Prof. Dr. Curschmann aus Leipzig im Versammlungslokal über den „Stand der Heilstättenbewegung und ihre praktischen Erfolge“ sprechen, zu welchem Vortrage jeder Interessent Zutritt hat.

Aus dem Elbtal. Die letzte große Wand im Gebiete der Postleiwiger Sandsteinbrüche ist gefüllt worden. Die Unterhöhlungsarbeiten gingen bis auf eine Tiefe von 15 Metern glatt vor sich; als man aber die gewaltige Steinmasse anschauen wollte, stellten sich zu wiederholtenmalen Hindernisse ein, indem die Wand wieder in Ruhe kam. Die Wand, die etwa 70 Meter hoch war und über 4000 Kubikmeter Gestein enthielt, stürzte auf den Arbeitsplatz hernieder.

Sebitz. Der 4. Regimentstag der ehemaligen 102er findet am 14. Juni hier statt. Bis 11 Uhr vormittags sammeln sich die Kameraden in der „Finkenbaude“, worauf der Einzug in die Stadt beginnt. Im Hotel „Stadt Dresden“ ist Mittagspause. Nachmittags 2 Uhr erfolgt Abmarsch des Festzuges nach dem Kriegerdenkmal. Im „Schützenhause“ gegen 4 Uhr nachmittags Festkommers. Montag, den 15. Mai, vormittags 8 Uhr, erfolgt der Abmarsch zur Schützenpartie, wozu auch Wagen bereit stehen. Ankunft bei den Schützen 11 Uhr, hierauf nach der Schützenhalle. Rast daselbst bis 3 Uhr, dann Weitermarsch nach dem Lichtenhainer Wasserfall und Schandau (Schützenhaus).

Plauen i. V. Im innern eines Neubaus ist der 32 Jahre alte Maurer Boldrick aus Wehlshüt in Böhmen beim Verlassen des Gerüstes 1,90 m hoch abgestürzt. Trotz der geringen Höhe hat B. bei dem Sturze den Tod gefunden. Er griff beim Fallen nach einem gefüllten Kalkfaß, riß denselben mit in die Tiefe und wurde von ihm am Kopfe getroffen.

Neugersdorf. Beim Rangieren wurde dem Rangiervornmann Hermann Paul von den Buffern die linke Brustseite eingedrückt wurde. Der dienstfreie Beamte ist seinen schweren Verletzungen erlegen.

Leipzig. Das verstorbene Frl. Similde Gerhard hat in ihrer letztwilligen Verfügung 1000 Mk. für die Dienftbotenbrantstalt, sowie 2000 Mk. für die dritte Kinderbewahranstalt ausgesetzt.

Leipzig. Wie schon erwähnt, hat der nationalliberale Abg. Wassermann in Karlstraße sich runderaus für die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes erklärt. Er schloß seine kurze Rede:

„Ist heute die Zeit liberaler Regierungen gekommen? Gilt der Satz, daß nur, wer in § 2 des Jesuitengesetzes den Angelpunkt unserer inneren Politik zu erkennen vermag, ein freisinniger Mann ist, der den unverfälschten, patentierten Liberalismus in seiner Annahme bruch trägt? Schwach genug ist heute der Liberalismus! Wollen wir diejenigen abstößen, die einen neuen Kulturkampf nicht wollen, dann wird er noch schwächer werden, und den Beifall der Linken liberalen werden wir doch nicht erringen. Unsere Partei ist liberal gewesen von Anfang an, sie ist es heute und wird es immer sein. Schädigen wir den Liberalismus nicht dadurch, daß wir illiberale Regierungen treiben! Wir stärken dadurch nur unsere Gegner.“

Daß diese Erklärung eines nationalliberalen Führers den Veranlassern des jetzigen Jesuitenrummels fatal in die Quere kommt, läßt sich leicht denken. Das „Leipz. Tagebl.“ glaubt nun den Mut haben zu sollen, dem Herrn Wassermann zu widersprechen. Das Blatt beruft sich dabei auch auf Kundgebungen „namhafter katholischer Gelehrten“ gegen die Abbröckelung des Jesuitengesetzes. Wir hätten diese Herren gern kennen gelernt, aber leider schweigt sich das „Leipz. Tagebl.“ über die Namen aus. Besonders



welch scheint dem Leipziger Blatt der Vorwurf „illiberaler Regerrichterei“ zu tun. Wir glauben das gern, denn dieser Dief muhte sigen, weil es gar keine bessere Charakterisierung der neuesten Jesuitenhege gibt. Das „Leipz. Tagebl.“ weiß sich aber auf sehr einfache Weise zu retten, es dreht einfach den Spieß um und schreibt:

„Ganz entscheidenden Widerpruch müssen wir endlich gegen die Unterstellung erheben, das Eintreten für die Erhaltung des § 2 sei „illiberale Regerrichterei“. Wer sind denn die Regerrichter? Doch wohl die Jesuiten, die überall, wo sie ungehindert wirken konnten, die Regerrichterei und Regerrichterei im großen betrieben und dadurch Unfrieden, Haß und Verderben gesät haben. Deshalb wollen wir sie nicht im Reiche und deshalb verlangen wir, daß da, wo nicht Verfassung oder besondere Gesetze die Möglichkeit dazu bieten, ein reichsrechtliches Nachtmittel zur Eindämmung ihrer Verfehlung und Regerrichterei gewahrt bleibe. Und dieses Verlangen soll „illiberale Regerrichterei“ sein?“

Unseres Erinnerns gelten Retourkutschen selbst bei Schulungen der untersten Klassen nicht als kommentmäßig. O, Leipziger Tageblatt, wie groß muß deine Verlegenheit sein, daß du zu solch kindlichem Mittel der Abwehr greiffst! Und das nicht einmal etwas! Denn eine einzige Baffermannsche Meinung gilt im Reich und der Welt mehr, als die Weisheit von 10 000 Leipziger Tageblättern. Also es bleibt dabei: „illiberale Regerrichterei!“

Leipzig. Wie man in Leipzig zu einem „billigen“ Rathaus hätte kommen können, darüber berichtet das „A. Z.“ aus alten Erinnerungen:

Während sich das jetzige Geschlecht redlich abmüht, für unsere Stadt Leipzig ein neues Rathaus mit einem Kostenaufwande von sieben Millionen Mark zu erbauen, tauchte vor fünfzig Jahren im „Leipziger Tageblatt“ der Plan auf, der „Commun Leipzig“ ein neues Rathaus kostenlos zu verschaffen. Die Kaufleute für dieses Rathaus, das als ein „solider, Jahrhundert dauernder Bau“ gedacht war, sollte sich auf 280 000 Taler belaufen. Dieser Betrag sollte durch Aktien (zu 200 oder 500 Talern) aufgebracht werden. Das Erdgeschoss sollte ringsum Verkaufsgewölbe enthalten, deren gekameter Ertrag auf wenigstens 15 000 Taler veranschlagt war. Nach vierprozentiger Verzinsung der Aktien würde dann ein Ueberreicht von 4400 Talern verbleiben, der zur Tilgung der Aktien dienen sollte. Nach beendeter Tilgung hätte die Stadt Leipzig — ein kostenloses Rathaus. Dieser Plan rief lebhafteste Auseinandersetzungen hervor. Ramentlich fand man die Baukosten zu gering bemessen und schätzte, daß ein der Stadt Leipzig würdiges Rathaus 500 000 Taler erfordern würde. Da hätte die Tilgung also erheblich länger Zeit erfordert, und so kam ein anderer Planmacher auf den Gedanken, daß die Stadt unverzinsliche Kassencheine im Betrage von 1 und 5 Talern ausgeben sollte. Auf diese Weise könnte der ganze Ertrag aus den vermieteten Gewölben zur Tilgung, bei richtiger zur Einziehung der Kassencheine verwendet werden. Nach diesem der Öffentlichkeit unterbreiteten Plane sollte das neue Rathaus in die Flucht der Katharinenstraße zurückgelegt werden, dagegen ein Teil des Kaufmarktes, nach Verfertigung der alten Börse, vom künftigen Rathaus bedeckt werden. Aus allen diesen Plänen ist nichts geworden — und so müssen wir uns denn auf unsere Kosten ein neues Rathaus bauen.

Gemüth. Die ausständigen Schieferdecker haben zum Teil die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem sie einige Vergünstigungen erlangt haben. — In der Nacht zum Sonntag wurde ein hiesiger Kohlenhändler von einem 19jährigen Schlosser aus Cuba derartig mit einem Schirme über den Kopf geschlagen, daß er eine Gehirnerkrankung erlitt, an deren Folgen er gestorben ist.

Auerbach i. B. Um den Feuerleuten der Gasanstalt, die einen sehr anstrengenden Dienst zu versehen haben, eine Erholung zu gewähren, soll denselben von jetzt ab ein viertägiger Erholungsurlaub unter Fortgewährung des Lohnes zubilligt werden.

Vom Erzgebirge. Der „General-Anzeiger“ für das untere Erzgebirge“, herausgegeben in Wilska, wirft sich zu einem fanatischen Verteidiger des Grafen Hoensbroech auf und schreibt da u. a.: „Was hat Graf Hoensbroech geerntet? Ein Uebermaß von Verleumdungen, Lügen, Entstellungen, von Verfolgungen und geschäftigen persönlichen Angriffen. Die Partei für „Wahrheit, Freiheit und Recht“ hat mit allen Mitteln versucht, ihn um Ehre und guten Namen zu bringen. Die Erwerbung eines öffentlichen Amtes im eignen Vaterland wurde ihm unmöglich gemacht. Im Wahlkampf wurde er nach allen Seiten verdächtigt. Aber es sind infame Lügen.“ Kennt der „General-Anzeiger“ alle Angriffe, die Hoensbroech sich gegen die kath. Kirche, gegen die Jesuiten, gegen das Centrum, gegen die Katholiken erlaubt hat? Kennt er die behauptende und verdächtigende, aber nie beweisende Kampfesweise Hoensbroechs? Hat es der „General-Anzeiger“ erfahren, daß Parteien wie Gelehrte im Reich, immer weiter und weiter von Hoensbroech abrückten, und zwar gerade um seiner Kampfesweise willen? Nein, das weiß der „General-Anzeiger“ alles nicht, man kann es von ihm auch gar nicht verlangen, denn dazu gehört ein umfassendes Studium der Tagespolitik und auch etwas Wissenschaft. Infolgedessen kann man es auch nicht tragisch nehmen, wenn der „General-Anzeiger“ alle Abwehr gegen Hoensbroech'sche Angriffe kurzer Hand zur „infamen Lüge“ stempelt. Solches Gebahren ist einfach unqualifizierbar und richtet sich selbst.

Zwickau. Ein Schwindler namens Seidel, der unter dem Vorgeben, er sei Posturier des Königs Georg und durch seine Beziehungen zur Prinzessin Mathilde in Stande, für die Vergnügung des zu einem Jahr Gefängnis verurteilten Fabrikanten Zwieger zu wirken, von dem Sohne des Zwieger größere Geldbeträge herauslocken wollte, wurde, nach dem „B. A. und Z.“, von der hiesigen Strafkammer zu 7 Monaten Gefängnis verurteilt.

Glauchau. Die hiesige Buchbinder-Bezirksinnung hat ihr 150jähriges Bestehen gefeiert. Ihre ältesten Satzungen vom 8. Januar 1780 wurden am 2. Juli 1845 durch neue ersetzt, die wiederum infolge der Umwandlung in eine Zwangsinnung durch neuzeitlichere Bestimmungen verdrängt wurden.

Flauen i. B. Wegen Münzverbrechens wurden der Schmied Otto und der Schmied Baumgärtel vom hiesigen Schwurgerichte zu 2 Jahren bez. 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Bad Eger. Für Frau Prinzessin Luise von Koburg, die Tochter des Königs der Belgier, welche im Vorjahre bereits 11 Wochen in unserem Badeorte weilte, sind auch während der diesjährigen Badezeit wieder größere Räume im „Bettiner Hof“ hier bestellt worden.

Döbeln. 7. Sächsisches Bundesfesteln. Der Festzug zerfällt in 4 große Abteilungen, bis jetzt sind etwa 50 verschiedene Nummern vorgesehen. Ein hervorragendes Schaustück wird ein Festwagen bilden mit dem Motto: „Die Verherrlichung des Kegelsports“, wobei 9 junge Mädchen, auf goldenen Kugeln sitzend, die Kegel darstellen. Weitere Festwagen sind von dem Kegelklub „Harmonie“ Leipzig usw. angemeldet worden.

Ruldenberg. Einige der letzten Nächte brachten in unserer Gegend noch einmal Frost; die zarteren Pflanzen sind erfroren; in den Wäldern sind an freien, zugigen Stellen die Heidelbeeren zum Teil abgefroren, auch waren die Wälder in den höheren Waldgebieten beschneit.

Großschönan. Der Registrator Selmar Prasse in Volkow bei Dresden, Sohn des hiesigen Gemeinde- und Sparkasten-Kassierers Herrn Heinrich Prasse, ist zum Gemeindevorstand von Raundorf bei Kötzschenbroda gewählt worden.

Leisnigen (Rhd.). Am 18. Mai wurde hier der Grundstein für die neue Pfarrkirche gelegt. Die kirchliche Segnung nahm Herr Domkapitular Dr. Bingsmann (Köln) vor. Die alte Pfarrkirche, welche im Jahre 1811 mit Unterstützung des letzten Abtes von Deutz auf dem Johannisberg erbaut worden war, ist schon lange viel zu klein. Die bei ihrer Erbauung noch nicht 400 Seelen zählende Gemeinde ist inzwischen auf 1700 Seelen angewachsen. Die neue Kirche ist als eine gothische, dreischiffige Hallenkirche mit Kreuzschiff gedacht.

### Zur Beachtung!

Nur noch bis morgen, Dienstag, liegen die Wählerlisten zur Einsicht auf. Niemand veräume es daher, diesen letzten Tag durch Einsicht in die Wählerlisten zu benutzen um sich zu vergewissern, daß sein Name in den Listen enthalten ist, da er sonst des Reklamationsrechtes verlustig geht.

### Wahlbewegung.

Centrumswähler der Südvorstadt, welchen die Zeit fehlt, nachzusehen, ob ihr Name in der Wählerliste verzeichnet ist, wollen sich an Herrn Ingenieur Lange, Ostbahnstraße 6, wenden. Der genannte Herr hat sich freundschaftlich bereit erklärt, das Einsehen der Liste zu besorgen.

Vöbtau. Achtung, Reichstagswähler des 6. Wahlkreises, überzeugt Euch, daß Ihr in der Wahlliste steht. Wer nicht in der Liste steht, darf nicht wählen und geht somit seines Wahlrechts verlustig. Besonders die Wähler der Vorstadt Vöbtau seien hierauf aufmerksam gemacht, da die Listen in dem hiesigen Bezirk zu vielfachen Änderungen Veranlassung gegeben haben. Wer keine Zeit dazu hat, der gebe seinen Namen und Adresse sofort bei dem Unterzeichneten ab. Karl Meier, Schulstr. 7, 11.

NB. Diejenigen Bestimmungen, welche sich an der Verbreitung des Flugblattes beteiligen wollen, werden ersucht, sich heute Sonnabend um 9 Uhr bei Jemerts einzufinden. D. D.

Zur Kandidatur Reichel schreibt das „Dresdner Journal“: „Herr Pastor Reichel denkt, wie uns versichert wird, nicht daran, seine Kandidatur niederzulegen, eher hätten nach der so vorzüglich verlaufenen Zivoliserversammlung und der allgemeinen Stimmung im Wahlkreise Herr Justizrat Porsch oder Herr Gradnauer dies notwendig.“ — Dazu schreibt man uns: Ob die „allgemeine Stimmung im Wahlkreise“ wirklich so günstig für das Kartell ist, kann man füglich bezweifeln, wenn man die heftigen Auslassungen der „Dresdn. Nachr.“ (Nr. 143) gegen die Nationalsozialen liest. Die „Dr. R.“ nennen die Meldung von dem ev. Widtritt Pastor Reichels ein „echtes Jesuitenstückchen“. Wir können noch nicht entscheiden, ob die beregte Meldung der „Sächs. Vztg.“ auf sicheren Informationen des Berichterstatters beruht, oder ob dieser sich geirrt hat, bezw. irreführt worden ist. Sollte letzteres der Fall sein, dann erlauben wir uns zu fragen: Wieviel solche „echten Jesuitenstücklein“ verbreiten denn jährlich die „Dr. R.“?

Im „Neuen Sächs. Kirchenblatt“ Nr. 21 vom 24. Mai ist zu lesen:

„Zur Kandidatur Reichel-Dresden wird uns aus Dresden geschrieben, daß diese noch nicht ungetheilten Beifall findet. Der Grund liegt in der Haltung des von R. geleiteten Cv. Arbeitervereins Dresden-Ost gegenüber dem Gesamtverein, z. B. in der Frage der Dresdener Arbeiterordnung. Gegen R. wird hervorgehoben, daß er der „einseitigen Mittelstandspolitik“ der Reform so lebhaft zustimme, daß ihm deshalb so viele Arbeiterstimmen, die den Ausschlag geben, entgegen würden, und daß er dadurch auch den, von uns erwähnten Vorwurf der Volksfeindschaft (ist nach dem „N. S. R.“ von Seiten der Nationalsozialen gesehen, vergl. Nr. 19) hervorgerufen habe. Wir haben noch festzustellen, daß die nationalsozialen Kandidatur (Fr. Naumann) vor der R'schen aufgestellt war.“

Darauf wird in den „Dr. R.“ und dem „Dr. Anz.“ gleichlautend geantwortet:

„Von national-sozialer Seite aus ist es gelungen, in die letzte Nummer des „Neuen Sächs. Kirchenblattes“ eine Dresdener Korrespondenz zu lancieren, die in unschöner Weise die von der nationalen und evangelischen Bürgerschaft Dresdens so einmütig vollkommen geheißene Reichelkandidatur des getreuen Volkfreundes Pastor Reichel angreift. Da obiges Blatt oft als Sprachrohr des Evangelischen Bundes angesehen wird, so sind wir von maßgebender Seite zu der Erklärung ermächtigt, daß der Dresdener Zweigverein desselben jede Gemeinschaft mit jenem Bericht von sich weist und trenn und freudig für die Kandidatur seines Mitgliedes, des Herrn Pastors Reichel, eintritt.“

Was geht da vor? Das Organ des Evang. Bundes in Sachsen, das „N. S. R.“ läßt deutlich durchblicken, daß Reichels Kandidatur zu wünschen übrig lasse, da Reichel viele Arbeiterstimmen nicht erhalten werde, also ein Rücktritt Reichels, um einen Durchfall vorzubeugen, wohl angebracht sei. Anders kann man die obige Notiz des „N. S. R.“ schwerlich deuten. Der Dresdener Zweigverein des Evang. Bundes stellt dagegen die Aus-

lassung des „N. S. R.“ als eine böswillige Einflüsterung der Nationalsozialen hin und erklärt, fest zu Reichel halten zu wollen. Da man doch gewiß nicht annehmen darf, das „N. S. R.“ habe sich von den Nationalliberalen einfach hinter's Licht führen lassen, muß man auf eine ernste Meinungsverschiedenheit zwischen Zweigverein und Cv. Bund bezüglich der Kandidatur Reichels schließen. Hat das „N. S. R.“ vielleicht einen geeigneteren Kandidaten auf Lager? Etwa Herrn Sup. Meier? Wir werden abwarten müssen, wie sich die Sache entwickelt. — Der „Dr. Anz.“ zeigt sich sehr gereizt über die kürzlich gebrachte Notiz der „Sächs. Volksztg.“, daß Herr Reichel von seiner Kandidatur zurückzutreten gedenke, und nennt die Meldung eine „glatte Erfindung“, die es als „jesuitisches Wahlbeeinflussungsmittel“ gebührend niedriger gefügt wissen“ wolle. Wir wollen abwarten, wer Recht behält. Uebrigens liegt uns gar nichts daran, Herrn Pastor Reichel durch „Wahlbeeinflussungsmittel“ seine Kandidatur zu verleiden, denn niemand hat besser, als Herr Reichel, den Dresdener Katholiken klar gemacht, daß sie dem Kartell gegenüber jeden Optimismus beiseite werfen und fest zusammenhalten müssen.

Ueber die Wählerversammlung im Zivolisale erhalten wir folgende Zuschrift: Zu Nr. 142 Seite 6 macht der „Dresdner Anzeiger“ der „Sächsischen Volkszeitung“ den Vorwurf, daß ihr Bericht über die Wahlrede des Herrn Pastor Reichel an Unrichtigkeiten gestrotzt habe. Da ich der Wählerversammlung am 19. d. M. beigewohnt, war ich begierig, was die verschiedenen Tagesblätter über diese Versammlung ihren Leserkreisen bieten würden. Worin die vom „Dresdner Anzeiger“ der „Sächs. Volkszeitung“ vorgeworfenen Unrichtigkeiten bestehen sollen, weiß ich und so mancher andere nicht. Vielleicht liegen sie nach Ansicht des „Dresdner Anzeigers“ darin, daß das Referat der „Sächsischen Volkszeitung“ der Wahrheit näher liegt, weil man heutzutage letztere nicht gern hört und liest. Wenn der „Dresdner Anzeiger“ in seinem Referate sagt, daß Herr Pastor Reichel seine Stellung zur Jesuitenfrage und den ultramontanen Bestrebungen gegenüber „kurz“ streifte, so entspricht diese Behauptung jedenfalls nicht der Tatsache. Herr Reichel hat über diesen Punkt seines Programms volle 20 Minuten verwendet, also mehr Zeit, als es überhaupt notwendig war. Der Herr Kandidat hätte überhaupt klüger getan, auf die wirtschaftlichen und sozialen Punkte seiner Programmrede mehr Gewicht zu legen und tiefer einzugehen, als die Anwesenden mit den alten abgedroschenen und schon so oft widerlegten Lohenbüchern des Cv. Bundes über Jesuiten und Ultramontanismus zu langweilen. Sehr lebhaft ist es auch zu bedauern gewesen, in seinem der Blätter gelesen zu haben, daß die Angriffe eines christlichen Religionsdieners auf die vom Reichstage beschlossene Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes von einem Sozialdemokraten zurückgewiesen worden sind. Der „Dresdner Anzeiger“ scheint sich in neuerer Zeit leider sehr darin zu gefallen, in offenen und versteckten Angriffen auf den Jesuitenorden und die kath. Religion allen übrigen sächsischen Kulturkampfblättern in nichts nachzustehen. Oder sollte der „Dresdner Anzeiger“ nichts davon verstehen wollen, daß, wenn er immer auf uns Katholiken dreinhaut und uns beschimpft, er nicht nur uns, sondern auch das religiöse Empfinden der Mitglieder unseres Königshauses verlegt? Da der „Dresdner Anzeiger“ Amtsblatt ist, so sollte derselbe mehr als alle übrigen Blätter das Verständnis besitzen, die religiöse Ueberzeugung der kath. Mitbürger genau so zu achten, wie er dies dem protestantischen Teile gegenüber tut. Wenn der „Dresdner Anzeiger“ und alle anderen sächsischen Kulturkampfblätter es trotz alledem nicht lassen können, aus alles, was katholisch ist und heißt, zu schimpfen, um dann mögen sie es nur weiter tun. Uns kann es recht sein, denn dadurch wird uns die Arbeit nur erleichtert. Das eine mögen sich diese Blätter aber merken, daß sie durch das Loben und Schimpfen die lauen Katholiken, welche sich von ihrer Religion etwas entfernt hatten, nur aufrütteln, um sich — Dank diesem wüsten Geschimpfe — enger an ihre Kirche und deren Glieder anzuschließen und fester zu ihrer hl. Religion zu stehen. Ein katholischer Wähler.

Leipzig. Die Wählerlisten liegen bis mit 26. Mai aus von 8 Uhr vormittags bis 1/2 1 Uhr mittags; und von 3 Uhr bis 1/2 7 Uhr nachmittags: für die Altstadt im Stadthause, Rathausring 5, II. Stod, Zimmer 36; — für die ehemaligen Vororte Anger-Ettendorfer, Reutendöb, Reudnitz und Thonberg im Rathause Leipzig-Reudnitz, Dresdner Straße 43, Erdgeschoß rechts, Zimmer 2; — für die ehemaligen Vororte Reudnitz, Reufelderhansen, Neustadt, Sellaerhansen und Volkmarssdorf im Rathause Leipzig-Volkmarssdorf, Kirchstraße 42, Erdgeschoß links, Zimmer 4; — für die ehemaligen Vororte Cautzsch und Gohlis im früheren Gemeindeamtsgebäude zu Leipzig-Gohlis, Kirchplatz 1, I. Stod, Zimmer 4; — für die ehemaligen Vororte Kleinzschöcher — einschließlich des selbstständigen Gutsbezirks daselbst — Lindenau, Plagwitz und Schleußig im Rathause Leipzig-Plagwitz, Alte Str. 22, I. Stod, Zimmer 6; — für die ehemaligen Vororte Connewitz und Köhnig — einschließlich des selbstständigen Gutsbezirks in letzteren Orte — im vormaligen Gemeindeamtsgebäude zu Leipzig-Connewitz, Schulstraße 5, Erdgeschoß, Zimmer 2. Einsprüche gegen die Richtigkeit oder Vollständigkeit dieser Listen sind bis mit 26. d. M. bei der Stadt Leipzig schriftlich anzubringen oder bei der Abteilung für Wahlsachen, Mühlstraße 10, Erdgeschoß links, Zimmer 1b, zu Protokoll zu erklären, wo auch die Beweismittel für die bezüglichen Behauptungen, falls letztere nicht auf Notorietät beruhen, beizubringen sind.

Aus dem (Sächsischen) Wahlkreise Friedberg-Bädigen. Am letzten Sonntag eröffnete die Centrumspartei die Wahlkampagne in unserem Wahlkreise mit zwei glänzend verlaufenen Versammlungen in Dörheim und Obererlenbach, in welchen der Reichstagskandidat Herr Landtagsabgeordneter Nikolaus den Wählern sein Programm entwickelte. In seiner Rede in Obererlenbach geißelte er die konfessionelle Dege, die gegenwärtig überall, nicht zum mindesten von der sozialdemokratischen Presse, betrieben werde. Scharf ging der Redner mit der heillosen Regierung ins Gericht, die durch ihr Votum gegen die Aufhebung des § 2 des Jesuiten-



